

Jahresbericht 2024 der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen (RIAS Hessen)

In Hessen wurden 2024 insgesamt 926 antisemitische Vorfälle dokumentiert – 75 Prozent mehr als 2023.

2024 befand sich die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen (RIAS Hessen) im dritten Jahr der operativen Tätigkeit.

RIAS Hessen dokumentierte zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember 2024 insgesamt 926 antisemitische Vorfälle. Dies bedeutet eine Steigerung von 75 Prozent im Vergleich zu 2023.

Die Zahl der Angriffe verdoppelte sich von 16 Vorfällen 2023 auf 33 Vorfälle 2024. Bedrohungen nahmen um rund 45 Prozent zu – von 33 Vorfällen 2023 auf 48 Vorfälle 2024.

Mehr als 750 Meldungen wurden nach RIAS-Kriterien als verletzendes Verhalten gewertet. Dies umfasst sämtliche antisemitischen Aussagen oder Vorfälle gegen jüdische wie nichtjüdische Personen oder Institutionen. Unter diese Kategorie fallen zum Beispiel antisemitisch motivierte Sticker oder Schmierereien im öffentlichen Raum, aber auch Versammlungen, verbale oder über Schilder, Transparente und Flyer etc. verbreitete antisemitische Äußerungen oder das Beleidigen von Personen.

Die Zahl der antisemitischen Vorfälle in Bildungseinrichtungen stieg 2024 im Vergleich zu 2023 um rund 53 Prozent – von 116 auf insgesamt 178 Vorfälle, davon 121 an Hochschulen und 48 an Schulen.

Der Großteil der von RIAS Hessen erfassten Vorfälle konnte keinem politischen Hintergrund zugeordnet werden (535). Dies liegt darin begründet, dass RIAS den politischen Hintergrund nur dann erfasst, wenn sich dieser eindeutig aus dem Vorfall ergibt. Von den antisemitischen Vorfällen, die eindeutig einem politisch-weltanschaulichem Hintergrund zugeordnet werden konnten, war der milieuübergreifende antiisraelische Aktivismus mit Abstand die häufigste zugewiesene Kategorie (192 Vorfälle). Dem linken oder antiimperialistischen Hintergrund ordnete RIAS Hessen für 2024 insgesamt 56 Vorfälle zu. Ein

rechtsextremer politischer Hintergrund wurde 2024 in insgesamt 55 Vorfällen von RIAS Hessen dokumentiert.

Detailliert nachzulesen ist dies im Jahresbericht 2024, insbesondere in der statistischen Auswertung. Exemplarische Vorfälle illustrieren den alltagsprägenden Charakter, den Antisemitismus in Hessen einnimmt.

Zwei Fokuskapitel gehen exemplarisch in die Tiefe: Eines befasst sich mit den Vorfällen des verletzenden Verhaltens, das andere beschreibt die Situation, wie sie sich in Bildungseinrichtungen 2024 darstellte. Kommentare ergänzen diese Kapitel, geschrieben von Oliver Dainow (Geschäftsführer der Jüdischen Gemeinde Hanau) und Sabena Donath (Direktorin der Jüdischen Akademie des Zentralrats der Juden in Deutschland).

Der Jahresbericht ist freigeschaltet

<https://rias-hessen.de/report/jahresbericht-rias-hessen-2024/>

⇒ Auf der Startseite ist der Jahresbericht auch als PDF zum Download hinterlegt.

Informationen und Pressekontakt

Dr. Susanne Urban

susanne.urban@rias-hessen.de

Mobil: [0151 24003697](tel:015124003697)

www.rias-hessen.de

Grundlage der Arbeit von RIAS Hessen ist die Arbeitsdefinition Antisemitismus der [International Holocaust Remembrance Alliance](#) (IHRA).

RIAS Hessen wird durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert.

RIAS Hessen wird durch das im Hessischen Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz ansässige Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) im Rahmen des Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ gefördert.

Statements zum Jahresbericht RIAS Hessen 2024

Präsentiert wurde der Jahresbericht 2024 im Rathaus der Stadt Gießen.

„Im Jahr 2024 wurden RIAS Hessen 926 antisemitische Vorfälle bekannt – und wir gehen weiterhin von einer recht hohen Dunkelziffer aus. Es ist erschreckend, was sich uns im Laufe des Jahres offenbarte. Wie sehr Antisemitismus Räume verengte, Menschen verunsicherte und Leben im Alltag verändert, wurde uns mit jeder E-Mail und in jedem Gespräch deutlicher. Wie anschlussfähig Antisemitismus für alle politischen Strömungen und Milieus ist, bedeutet, dass wir ein gesamtgesellschaftliches und auch strukturelles Problem haben. Diese antisemitische Welle, die seit dem 7. Oktober 2023 das jüdische Leben bedrängt, muss endlich gebrochen werden.“

Dr. Susanne Urban (Projektleitung RIAS Hessen)

„Der besorgniserregende Anstieg antisemitischer Vorfälle, den RIAS Hessen für das Jahr 2024 dokumentiert, muss im Kontext der gesellschaftlichen, politischen und medialen Verschiebungen nach dem 7. Oktober 2023 verstanden werden. Die Dokumentation und Analyse dieser Verschiebung ist ein Seismograf für die tieferliegenden Strukturen und die Basis für die Sichtbarmachung antisemitischer Gewaltpotentiale sowie ihrer Wirkung auf die Betroffenen. Antisemitische Vorfälle reichen in alle gesellschaftlichen und privaten Bereiche und die Gewaltbereitschaft wird offensichtlicher, spürbarer und stellt eine zunehmende Bedrohung dar. Die konstant hohen Bedarfe an professioneller Beratung gehen eng damit einher.“

Marina Chernivsky (Gründerin und Direktorin der Fachberatungsstelle zu Antisemitismus, OFEK e. V.)

„Jüdisches Leben in Deutschland ist in Gefahr – konkret, anhaltend, bedrohlich. Antisemitismus tritt offener, aggressiver und gewaltbereiter zutage als je zuvor. Die stark gestiegene Zahl antisemitischer Vorfälle, auch in Hessen, macht unmissverständlich klar: Wir sind längst über das Stadium bloßer Warnungen hinaus. Jetzt geht es um Konsequenz: politisch, juristisch und gesellschaftlich. Antisemitismus ist kein Randphänomen, sondern ein Angriff auf die Grundwerte unseres Zusammenlebens. Der Staat muss mit aller Konsequenz handeln – aber das allein reicht nicht. Jeder Mensch in unserem Land steht in der Verantwortung, Antisemitismus nicht zu dulden – nicht im Alltag, nicht im Netz, nicht im Hörsaal, nicht auf der Straße. Es darf keinen Raum geben für Gleichgültigkeit, Verharmlosung oder Schweigen. Haltung ist jetzt keine Option, sondern eine Verpflichtung.“

Uwe Becker (Beauftragter der Hessischen Landesregierung für Jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus)

„Jüdisches Leben in Deutschland ist lebendig, es ist vielfältig und offen zugänglich für alle, die bereit sind, sich darauf einzulassen. Wer jüdische Räume betritt, begegnet Menschen, die sich nicht über Angst oder Opferrollen definieren, sondern über ihre Geschichte, ihre Kultur und ihr Engagement dafür, unsere Gesellschaft mitzugestalten. Dass diese Räume heute noch mehr Schutz brauchen als zuvor, ist kein Zeichen von Abgrenzung: es ist ein Spiegelbild der gesellschaftlichen Realität. Antisemitismus ist ein Problem, das uns alle angeht und damit liegt auch die Verantwortung bei uns allen, ihm entschieden entgegenzutreten.“

Oliver Dainow (Geschäftsführer Jüdische Gemeinde Wiesbaden)

„Antisemitismus an unseren Schulen und Universitäten ist kein Randphänomen, sondern spätestens seit dem 7. Oktober 2023 eine noch offensichtlichere und alarmierende Realität. Der Jahresbericht 2024 von RIAS Hessen belegt das auf schockierende Art und Weise: Bildungseinrichtungen, die eigentlich Orte der Aufklärung sein sollten, sind immer häufiger Schauplätze antisemitischer Anfeindungen. Es fehlt auch in Schulen an einem offenen und aktuellen Diskurs, und antisemitische Vorfälle im Klassenzimmer werden oftmals nicht erkannt oder aus Unsicherheit bagatellisiert. Es braucht verbindliche Module zur Prävention und Intervention bereits während des Lehramts-Studiums. Die Jüdische Akademie will und wird dabei Partner sein.“

Sabena Donath (Direktorin der Jüdischen Akademie des Zentralrats der Juden in Deutschland)

„Die Vorstellung des Jahresberichts der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen hier in Gießen ist ein wichtiges Signal: Antisemitismus betrifft nicht nur die Großstädte, sondern auch die Mittelzentren und die ländlichen Regionen. In Gießen haben wir deshalb mit dem Runden Tisch gegen Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens eine lokale Dialogplattform geschaffen, die klare Haltung mit kontinuierlichem Engagement verbindet. Dort arbeiten Verwaltung, zivilgesellschaftliche Organisationen, Polizei, Schulen, Wissenschaft und die großen Religionsgemeinschaften offen und vertrauensvoll zusammen. Aus kommunaler Perspektive ist genau dieses Zusammenspiel entscheidend: Die offene Stadtgesellschaft muss auf allen Ebenen Verantwortung übernehmen. Es braucht Erinnerungskultur, Bildungsarbeit, konsequente Reaktionen auf antisemitische Vorfälle – aber auch die gezielte Stärkung jüdischen Lebens als Teil unserer Gegenwart. Nur so schaffen wir Städte, in denen Jüdinnen und Juden selbstverständlich, sicher und sichtbar leben können.“

Frank-Tilo Becher (Oberbürgermeister der Universitätsstadt Gießen)

„80 Jahre nach Ende des zweiten Weltkrieges, stellen wir fest, dass der Spruch ‚Nie wieder‘ seine ursprüngliche Bedeutung zu verlieren droht. Mehr als 5.000 antisemitische Straftaten haben die Sicherheitsbehörden in

Deutschland 2024 laut einer vorläufigen Statistik registriert. Antisemitismus ist mehr als nur ein Vorurteil gegen Juden – es kann sich bis zum Hass steigern. Antisemitische Stereotype, die sich den jeweiligen Zeitläufen anpassen, können sich in ihrer extremen Ausformung zu einer Weltanschauung fügen, in der Juden eine ideologisierte Sündenbockfunktion übernehmen. Es darf nicht zu einer Normalisierung von Juden Hass in unserer Gesellschaft kommen. Die Jüdische Gemeinde Gießen ist ein fester Bestandteil der Gießener Gesellschaft, gleichzeitig herrscht eine Atmosphäre der Angst. Diese Angst entsteht durch die dauerhafte Berichterstattung über die steigenden Zahlen antisemitischer Vorfälle, durch Nachrichten über den Krieg in der Ukraine und im Nahen Osten. Wir sind beängstigt und besorgt, aber nicht resigniert.“

Dow Aviv (Vorstand der Jüdischen Gemeinde Gießen)